

# ***PRESSEINFORMATION***

Kiel, den 19.10.2000  
Es gilt das gesprochene Wort

## **TOP 29 Bericht zur Entwicklung der GMSH (15/366) Anke Spoorendonk: „GMSH hat eine faire Chance verdient!“**

Die Geburt der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein - GMSH - geschah letztes Jahr unter sehr schweren Wehen. Das erste Jahr hat das junge Kind noch mit schweren Kinderkrankheiten zu kämpfen gehabt, aber wir glauben und hoffen, dass es schnell erwachsen und sich jung und gesund schrumpfen wird. So kurz könnte man das Fazit der bisherigen der Arbeit der GMSH ziehen.

In der Tat war die Anfangsphase der neu errichteten Gesellschaft nicht ohne Probleme: Wir alle konnten ja einige der Anfangsprobleme auch hier im Landtag am eigenen Leibe in Augenschein nehmen. Dennoch bin ich der Meinung, dass die GMSH eine faire Chance verdient hat.

Der SSW hat die Errichtung der GMSH im Juli letzten Jahres unterstützt, da wir der Auffassung waren, dass eine Zentralisierung der Bewirtschaftung der Landesliegenschaften und die gleichzeitige Zentralisierung des Beschaffungswesens des Landes schon lange notwendig waren, um den zukünftigen Anforderungen an eine moderne und effiziente Verwaltung zu entsprechen. Die Umwandlung der Landesbauverwaltung in die GMSH ist somit ein wichtiger Teil der Verwaltungsreform in Schleswig-Holstein. Umso wichtiger ist es, dass die GMSH erfolgreich arbeitet.

Die Gründung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein als selbständige Gesellschaft kann natürlich als ein zentraler Baustein der gesamten Konstruktion hinsichtlich des Verkaufs der Landesliegenschaften an die Investitionsbank betrachtet werden. Sie kann aber auch isoliert gesehen werden. Denn es ist unbestritten, dass die Umstrukturierung der Landesbauverwaltung vor dem Hintergrund neuer Rahmenbedingungen notwendig war. Nicht zuletzt aufgrund der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte und eines daraus resultierenden verminderten Bauvolumens bestand die Gefahr eines Personalüberhangs.

Ziel der Landesregierung war es, durch eine umfassende Reform der Bewirtschaftung ihrer Liegenschaften eine strukturelle Senkung der Personal- und Sachkosten sowie eine nachhaltige Entlastung des Landeshaushaltes zu erreichen.

Einer der wichtigsten Argumente für die Errichtung der GMSH war für den SSW daher die Aussicht auf wesentliche Effizienzsteigerungen - sowohl bei der Bewirtschaftung der Gebäude als auch bei der Beschaffung. Der SSW hält deshalb daran fest, dass die GMSH die angepeilten strategischen Ziele in der Bewirtschaftung unbedingt erreichen muss. Das heißt:

- eine Flächenreduzierung, die zu einer entsprechenden Mietkostensenkung von 10% in 5 Jahren führt
- eine Reduzierung der Kosten der Bewirtschaftungsleistungen um 30% in 10 Jahren
- eine Reduzierung der Kosten für Ver- und Entsorgung um 20% in 5 Jahren
- die deutliche Reduzierung der Beschaffungsprozesskosten – Einspareffekte von bis zu 60% wurden genannt.

Wenn diese Ziele nicht erreicht werden hätte die ganze Operation ihren Sinn verloren.

Aber der Bericht zeigt deutlich, dass die Erreichung dieser Ziele nicht ganz einfach werden wird, und dass wir auf jeden Fall noch in der Anfangsphase eher mit zusätzlichen Kosten rechnen müssen. Geduld ist also gefragt.

Um die genannten Effizienzziele - und somit Einsparpotentiale umzusetzen, die auch eine Entlastung für den Landeshaushalt bringen werden - zu erreichen, ist es erst einmal notwendig gewesen, dass die GMSH eine umfangreiche kaufmännische Abteilung einrichten musste. Wenn man nämlich Kostensenkung durch Transparenz erreichen will, braucht man eine gut funktionierende Kosten- und Leistungsrechnung, die die wirklichen Kosten für die erbrachten Dienstleistungen korrekt erfassen kann.

Dabei ist es sicherlich eine besondere Schwierigkeit, erst einmal den Ist-Zustand der Kosten der alten Landesbauverwaltung zu ermitteln. Denn die Kostensenkung soll ja auf der Basis von ultimo 1997 erreicht werden. Keiner weiß aber so genau, was denn die Bewirtschaftung der Liegenschaften des Landes im Einzelnen so gekostet hat, da man ja eben keine kaufmännische Buchführung hatte, sondern mit der Kameralistik operierte.

Dieses kaufmännische Know How musste sich die Gesellschaft durch Neueinstellungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vielfach erst erkaufen, denn in der Landesverwaltung gibt es nicht viele, die Erfahrungen mit dem kaufmännischen Rechnungswesen haben. Diese Mehrkosten durch die Einführung von kaufmännischen Informationssystemen sind aber hoffentlich sinnvolle Investitionen, die sich später auszahlen werden.

Eine andere Schwierigkeit der GMSH ist, dass die Beschäftigten aus sehr unterschiedlichen Verwaltungs- und Unternehmenskulturen kommen. Es ist klar, dass eine Unternehmensidentität erst langsam noch wachsen muss. Dies geht nicht

von heute auf Morgen, denn wir wissen, dass sich die Menschen an Veränderungen – und für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist die Entwicklung eine sehr große Herausforderung – nur langsam gewöhnen. Auch dass die GMSH in den selben Abteilungen sowohl Beamte als auch Angestellte hat, kann zu Problemen führen.

Deshalb gilt den Beschäftigten der GMSH mein Respekt, denn sie haben zur Zeit keine leichte Arbeit. Die Gewerkschaften sprechen bereits davon, dass die bisherigen Rahmenbedingungen alles andere als günstig sind. Daher meine Bitte auch an CDU und FDP – trotz aller aus ihrer Sicht möglicherweise berechtigter Kritik – heizen sie die Situation nicht durch völlig überzogene Kritik noch weiter an. Es geht schließlich auch um Arbeitsplätze und um die Zukunft vieler Familien.

Ich sagte bereits gestern bei der Debatte zum Erhalt des Wettbewerbs, dass die GMSH nicht gegründet worden ist, um den privaten Dienstleistern Konkurrenz zu machen. Sie will im Gegenteil als Partner der Wirtschaft fungieren. Aber natürlich kann es im Einzelfall zu Überschneidungen der Angebotspalette kommen. Aus unserer Sicht ist es hierbei aber wichtig festzuhalten, dass die GMSH sich bemüht, Aufträge gerade an private Dienstleister im Architekt- und Ingenieurbereich zu vergeben, und dass die Planungen der GMSH langfristig darauf angelegt sind, die Aktivitäten und das Personal im Zuge der fallenden öffentlichen Bautätigkeit sozialverträglich zu reduzieren.